

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anzeigensatz Nr. 33.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anzeigensatz Nr. 33.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 246

Dienstag, den 21. Oktober 1924

19. Jahrgang

Parteitag der sächsischen Demokraten.

Gegen den Bürgerblock.

Dresden, 19. Okt. Am Sonntag fand in Dresden im Plenarsaal des Landtagsgebäudes der Landesparteitag der deutschen demokratischen Partei Sachsens statt. Nach Entgegennahme des Jahres- und Kassensberichts wurde als Landesvorsitzender wiedergewählt der Reichstagsabgeordnete Bürgermeister Dr. Kütz-Dresden. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: die Landtagsabgeordneten Dr. Seifert-Dresden, Günther-Blauen und Frau v. Krieger-Leipzig.

Gleichzeitig fand eine demokratische Beamtentagung statt, der Referate von Eisenbahninspektor Schulz-Berlin, Reichstagsabg. Wobaus und Landtagsabg. Claus entgegenwärtig. Es wurde ein vorläufiger Landes-Beamtenausschuss eingesetzt und als Vorsitzender Postassistent Kunert-Dresden gewählt. In der Nachmittags-Sitzung des Landesparteitages fand zunächst eine Entschließung zur Schul- und Kirchenpolitik Annahme, in der es u. a. heißt: Entgegen allen Bestrebungen auf Verschönerung der Volksschule in eine Bekenntnis- und eine weltliche Schule fordern wir auf Grund der Reichsverfassung als die rechtliche Schule für den Freistaat Sachsen die alle Kinder des Volkes umfassende gesetzmäßige Gemeinschaftsschule. Wir treten ein für den in der Reichsverfassung geforderten Religionsunterricht, fordern aber von diesem, daß er nach pädagogischen Grundsätzen erteilt wird und der geistigen Entwicklung des Kindes Rechnung trägt. Wir fordern, daß endlich die Trennung von Staat und Kirche gesetzlich vollzogen wird. Bei der Auseinandersetzung soll die kulturelle Bedeutung der Kirche voll gewürdigt und ihren äußeren Lebensbedingungen loyal Rechnung getragen werden. Der Staat soll der Kirche seinen Schutz gewähren, andererseits aber soll er alle Versuche, in die Hoheitsrechte des Staates gegenüber der Schule einzugreifen, ablehnen.

In der Nachmittags-Sitzung wurden die Hauptreferate über die sächsische und die Reichspolitik gehalten. Landtagsabgeordneter Dr. Dehne sprach über

sächsische Politik

und gab einen Überblick über die drei letzten Kabinette Zeigler-Fellisch-Heldt. Das Koalitionskabinett Heldt sei die erste Regierung in Sachsen, die wirklich positive geschaffen habe. Sie habe die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht, den Beamtenabbau milder gehandhabt als im Reich, die Auseinandersetzung mit dem Königs-

hause erzielt, wobei das Königshaus viel Entgegenkommen gezeigt habe und eine Beamtenpolitik eingeleitet, die frei sei von Parteipolitik.

Im Anschluß daran sprach Frau Lange-Schwerin über Frauenfragen und äußerte sich in temperamentvoller Weise für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und gegen die Bildung eines Bürgerblocks im Reich.

Über Reichspolitik

Sprach Reichstagsabg. Dr. Kütz-Dresden an Stelle des verhinderten Dr. Koch. Die demokratische Partei bekenne sich zum Ziele der Verständigung mit den Gegnern, um Deutschlands Lebensmöglichkeiten wieder zu schaffen. Als Realpolitiker müsse man für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sein. Kein Mensch wisse, ob Deutschland die Bestimmungen des Londoner Abkommens bis zum Ende durchführen könnte, aber so viel stehe fest, daß ohne dessen Annahme die Wirtschaft zugrunde gegangen wäre. Für die Demokraten käme eine Beteiligung an einer Regierung mit den Deutschennationalen von heute nicht in Frage. Erst wenn die Deutschennationalen sich vorbehaltlos zur bisherigen Regierungspolitik bekennen würden, könnte von einer Bereinnahme in die Regierung die Rede sein. Der Drang in der Deutschen Volkspartei nach rechts sei nicht gerade charakteristische Politik. In Deutschland sei nur die Politik der Mitte möglich. Bei einer Segnerstellung der Sozialdemokraten würde auch der Wirtschaftsfriede gestört, das dürften die Demokraten nicht mitmachen. Für sie bleibe es Hauptaufgabe, die schwappenden großen Fragen der inneren und äußeren Politik unter Hinzuziehung der Sozialdemokraten zu lösen. Zum Schlusse sprach Dr. Kütz über Kulturpolitik und warnte auch hier vor rechtsgerichteten Einflüssen. Der Reichsbannerbewegung stehen wir sympathisch gegenüber, wo sie das Sammelbecken aller republikanischen Kräfte ist. Wo sie aber einseitig ausgeht, können wir sie nur als eine neue bedauerliche Abirrung betrachten. Wir wollen uns nicht tatenlos von der Strömung treiben lassen. Demokratie ist Aristokratie. Wir sind national, aber nicht nationalistisch, wir sind sozial, aber nicht sozialistisch. Wir beugen uns dem Volkswillen, aber nicht dem Massenwillen. (Großer Beifall.)

Hierauf wurde in die Mittagspause eingetreten. Dann wurde in die Aussprache über die Referate eingetreten, die vertraulich behandelt wurde und in der zahlreiche Anregungen gegeben wurden. Am Abend fand der Parteitag seinen Abschluß.

Der Stand der Regierungskrise.

Berlin, 18. Okt. Der Reichkanzler hat heute 1/11 Uhr die Führer der Deutschennationalen empfangen, die ihm offiziell Mitteilung machten, daß die Deutschennationalen Fraktion sich mit den programmatischen Richtlinien des Reichkanzlers in der Führung der inneren und äußeren Politik einverstanden erklären. Von einer Nominierung ihrer Ministerkandidaten, die beabsichtigt war, nahmen die Deutschennationalen Abstand, als der Reichkanzler erklärte, daß er nunmehr mit der demokratischen Fraktion sich in Verbindung setzen werde, doch hört man, daß die Deutschennationalen, die sich gestern mit drei Stimmen im Kabinett einverstanden erklärt hatten, heute vier Stimm beanspruchen haben. Sie sind sogar nicht einmal damit einverstanden, daß der Reichsernährungsminister Graf Rantz ihnen zugesagt werde, sondern wollen, daß das Reichsernährungsministerium mit einem Mitglied ihrer Fraktion besetzt werde.

Im Reichstag wurde heute behauptet, daß die Deutschennationalen die Absicht haben, folgende Besetzung der von ihnen geforderten Vorposten vorzuschlagen: Reichkanzler und Inneres Dr. Fergl, Ernährung Abg. v. Schiele, Wirtschaft Bergwerksdirektor Abg. Leopold Wessels Kandidatur in der Fraktion allerdings hart umstritten sein soll) und für Verkehr Abg. Laverrens. Wenn jemand ernstlich geglaubt haben sollte, die Deutschennationalen würden als Regierungspartei mildere Satten aufziehen, dann besetzt diese Liste ihrer Ministerkandidaten, die man als authentisch ansehen darf, über ihre wahren Absichten. Sie wirkt wie eine Provokation. Drei von diesen Ministerkandidaten haben am 20. August gegen die Dawesgesetze gestimmt, nämlich die Abgeordneten Fergl, v. Schiele und Laverrens. Abg. Laverrens namentlich gehört, wie man weiß, dem äußersten rechten Flügel der Deutschennationalen Volkspartei an. Ihn trennt kaum noch etwas von den Deutschen Nationalen.

Nach den Deutschennationalen empfing der Reichkanzler die Abgeordneten Erkelenz und Reinath von

der demokratischen Fraktion. Abg. Erkelenz verties auf die bekannten Beschlüsse der demokratischen Fraktion und erklärte, daß sich der Standpunkt der Demokraten nicht geändert habe. Die demokratische Fraktion lehnt eine Beteiligung an einer Rechtskoalition ab und könne auch ihre Zustimmung zum Verbleiben ihrer Minister in einer Rechtsregierung nicht geben. Reichswehrminister Dr. Gessler, der ebenso wie Dr. Stresemann und Dr. Luther dieser Besprechung bewohnte, bestätigte die Ausführungen des Abg. Erkelenz und wiederholte seine Erklärung.

Nach diesem Verlauf der Aussprache steht es fest, daß weder die Demokraten einem Rechtskabinett gegenüber wohlwollende Neutralität beobachten noch Dr. Gessler das Reichswehrministerium in einem Rechtskabinett behalten würde.

Berlin, 20. Okt. In Berlin wurde gestern eine Parteivorläufige Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei des Wahlkreises Voersdam 2 abgehalten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Fraktion weiterhin unter entschlossener Ablehnung einer Koalition mit den Deutschennationalen an der Politik der Mitte im Sinne der Politik der bisherigen Regierung festhalte. Sollte diese Politik an der Haltung der bisherigen Regierungsparteien scheitern, so sei die Auflösung des Reichstages gerade vom demokratischen Standpunkt aus dringend geboten.

Elberfeld, 20. Okt. Die hier zur Beratung der politischen Lage versammelten Vertreter der Windthorstbünde im Industriegebiet haben einstimmig an die Zentrumsfraktion des Reichstages ein Telegramm abzufendend beschlossen, in dem sie vor der Bildung eines verfehltesten Bürgerblocks, wie sie das in Aussicht gestellte Kabinett der Persönlichkeiten darstelle, warnen, weil dadurch noch mehr Vertrauen in die politische Führung der Fraktion herbeigeführt werde, als es bisher schon geschehen sei. Die Windthorstbünde des Industriegebietes verlangen Festigkeit und Klarheit.

Stresemann zur Lage.

Frankfurt a. M., 19. Okt. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hielt vor dem Parteitag der Dtsch. Volkspartei von Hessen-Rhassau eine Rede über die politische Lage. Er betonte eingangs, daß erfreulicherweise gegenwärtig eine weitgehende Einigkeit über die Richtlinien der Außenpolitik bestehe. Mit Ausnahme der extremen Rechten und Linken herrsche Übereinstimmung darüber, daß die Politik des Reiches sich auf den in London getroffenen Vereinbarungen aufbauen könne. Die Bedrückung bleibe schwer, und man müsse vor allen Dingen betonen, daß die baldige Währungsreform und die vertragsmäßige Räumung der nördlichen estnischen Zone Deutschland erst in die Lage setze, die auf ihm ruhenden Lasten zu tragen. Das Vertrauen, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wieder begänne und die Ueberwindung der Krise seien gute Anzeichen. Der Doppelinsult habe bewiesen, was Deutschland an idealen und technischen Werten der Welt zu geben vermag. Hoffentlich werde es Deutschland ermöglicht, auf diesem Gebiet weiterzuarbeiten. Zur

Haltung gegenüber dem Völkerbund

über die ebenfalls weitgehende Einigkeit bestche, sagte der Reichsaussenminister: Wir können es als einen Erfolg buchen, daß der von uns erstrebte ständige Ratstag von allen jetzt im Rate vertretenen Nationen Deutschland zuerkannt wird. Wir werden aber auch darüber diskutieren müssen, daß man Deutschland nicht zumuten kann, Konsequenzen aus der Existenz des Völkerbundes in der Form der Mitwirkung an Kriegen oder an den Blockade zu ziehen, solange der Zustand andauert, daß Deutschland der einzige entwafrnete Staat ist, der von waffenstarrenden Nachbarn umgeben ist. Wenn man des Schicksals eine Ausnahme von dieser Bestimmung des Völkerbundes gewährt hat, wird man sie auch Deutschland gewähren müssen.

Zur Innenpolitik führte Dr. Stresemann aus, man begegne leider einer starken Herrschenschaft in der Frage der Regierungsumbildung.

Die Deutsche Volkspartei habe ihr Ziel der Volksgemeinschaft nicht aufgegeben, und sie werde es ablehnen, sich auf den Weg drängen zu lassen, welcher die Sozialdemokraten prinzipiell von der Mitarbeit am Staate ausschließt (!). Das Zusammenarbeiten der Mitte, an die sich gegenwärtig die Kräfte von rechts anlehnen müssen, müsse bestehen bleiben. Die Sozialdemokratie sollte daran denken, daß ihr zweimaliges Ausschließen aus dem Kabinett der großen Koalition naturgemäß zu einer Entwicklung nach rechts führen mußte. Nach den Wahlen konnte man gerade vom demokratischen Gesichtspunkte aus an der Stärkung der Deutschennationalen nicht vorbeigehen. Verhandlungen mit ihnen über den Eintritt in die Regierung könne man heute nicht ablehnen, nachdem sie sich einmütig zu den Richtlinien der Außenpolitik bekannt und ihre Forderung auf Rücktritt des Kanzlers und des Außenministers zurückgezogen haben. Man müsse bedenken, welche Störungen die Außenpolitik durch eine hemmungslöse Opposition der Deutschennationalen erfahren würde. Wenn sie aber in die Reichsregierung eintreten, so würde das von maßgebendem Einfluß auf die Haltung großer nationaler Organisationen sein. Hinsichtlich der Haltung der Demokratischen Partei erinnerte Redner daran, daß Friedrich Raumann im Jahre 1907 die Politik des Bürgerblocks unterstützt hat, die ebenfalls eine Zusammenfassung namentlich der rechtsstehenden bürgerlichen Kräfte gewesen sei. Dr. Stresemann schloß, indem er erklärte, die Auflösung des Reichstages wäre unerwünscht, weil sie das aufkeimende Vertrauen des Auslandes zu einer stetigen Entwicklung in Deutschland untergraben würde. Ob eine positive Lösung nicht zu erreichen, so müssen bei den Wahlen sich diejenigen Kräfte zusammenschließen, die auf dem Boden einer nationalen Realpolitik offene Kräfte zusammenfassen wollen, die zu einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Fortführung der Richtlinien der heutigen Politik sich bereit finden.

Mittwoch, 22. Oktober.

Reichstagspräsident Ballraf hat nunmehr die nächste Plenarsitzung des Reichstages endgültig auf Mittwoch, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr anberaumt.

Ablehnung des Arbeitszeitabkommens für die westdeutsche Industrie.

Essen, 18. Okt. Das Arbeitszeitabkommen, das die sechsstündige Arbeitszeit für die westdeutsche Eisen- und weiterverarbeitende Industrie vorseht, war nach der Kündigung durch die Gewerkschaften durch Schiedspruch bis zum 28. Februar 1925 verlängert worden. Die Gewerkschaften haben nun den Schiedspruch abgelehnt und